Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

27. September 2021

Afghanistan

Regierungsbildung / Rechtsdurchsetzung / Internationale Anerkennung

Am 24.09.21 wurde bekannt, dass die Taliban erneut - wie in den 1990er Jahren - für eine rigorose Anwendung der Scharia in der Verbrechensbekämpfung eintreten, darunter auch das Amputieren von Gliedmaßen und die Todesstrafe. Am 25.09.21 hätten die Taliban in der Stadt Herat die Körper von vier getöteten Kriminellen (die eine Entführung begangen hatten) als Abschreckung für Nachahmer an unterschiedlichen Plätzen aufgehängt. Am 26.09.21 kritisierten Bürger laut Meldungen, dass das Justizministerium nach wie vor geschlossen bleibe und Täter von Straftaten nicht verfolgt würden. Am 27.09.21 wurde berichtet, dass in der Provinz Helmand Frisören von den Taliban verboten worden sei Bärte zu kürzen. Am 21.09.21 gaben die Taliban Namen und Posten weiterer Mitglieder der Übergangsregierung bekannt, mit der Absicht nun auch Minderheiten einen Platz zu geben, da ein Hazara nun das Gesundheitsministerium leite. Frauen wurden aber weiterhin nicht berücksichtigt. Dies würde erst stattfinden, wenn die Talibanregierung international anerkannt werde. Am 20.09.21 erklärten die Taliban, dass sie sich auch erst nach der internationalen Anerkennung um die Aufklärung inländischer Menschenrechtsverstöße kümmern würden. Die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission (AIHRC) gab am 20.09.21 bekannt, dass die Taliban sie seit der Machtübernahme Mitte August 2021 an ihrer Arbeit hindern würden und die Büroräume besetzt hielten. Am 21.09.21 erklärten die Taliban entgegen Meldungen von US-Geheimdiensten, es gebe keine Mitglieder von al-Qaida im Land und der Islamische Staat der Khorasan Provinz (ISKP) stelle trotz der letzten Anschläge keine Bedrohung für sie dar. Am 24.09.21 sei die Passausgabestelle der Regierung laut Meldungen nach wie vor geschlossen. Am 25.09.21 wurde berichtet, der pakistanische Premierminister Imran Khan hätte sich bei der UN-Generalversammlung dafür eingesetzt, dass die Taliban international anerkannt werden sollten.

Humanitäre Lage

Am 27.09.21 wurde berichtet, in den letzten sechs Monaten seien in der Provinz Ghor 17 Kinder an Unterernährung gestorben. Die USA erklärten sich am 25.09.21 aufgrund von Kritik an ihren harten Sanktionen bereit, Lizenzen zu vergeben, die humanitäre Hilfe für Afghanistan aus ihrem Land möglich machen. Am 24.09.21 hatten in Afghanistan landesweit viele Bürger gegen das Zurückhalten von ausländischen Reserven durch die USA demonstriert. Die UN gaben am 23.09.21 bekannt, das afghanische Gesundheitssystem mit Hilfsgeldern in Höhe von 45 Mio. USD vor dem Kollaps retten zu wollen. Am selben Tag wurde berichtet, ein Polizist aus der Provinz Kunar habe Selbstmord begangen, weil er seit drei Monaten keinen Lohn mehr bekommen habe und seine Familie nicht ernähren könne. Am 20.09.21 wurde berichtet, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) Afghanistan solange nicht erlaube auf seine Reserven aus Sonderziehungsrechten zugreifen zu dürfen, bis die Regierung international anerkannt sei.

Gewalt gegen Zivilisten / Kampfhandlungen

Am 25.09.21 hätte es in der Stadt Jalalabad einen Bombenanschlag auf die Taliban gegeben, bei dem ein Taliban getötet und weitere Zivilisten verletzt worden seien. Am 24.09.21 habe sich ISKP dazu bekannt, bei verschiedenen Anschlägen in Jalalabad mindestens sechs Taliban getötet zu haben. Am 23.09.21 habe der Taliban-

Verteidigungsminister Mullah Yaqub in einer Ansprache zugegeben, dass Rachemorde an ehemaligen Regierungsmitgliedern von einzelnen Taliban landesweit - entgegen der proklamierten Generalamnestie - stattgefunden hätten. In derselben Ansprache rief er alle Beteiligten auf, dies in Zukunft zu unterlassen und der Amnestie zu folgen. Am 21.09.21 wurde von Widerstandskämpfern berichtet, die Taliban hätten in der Provinz Panjshir Zivilisten gefangen genommen und in Gefängnissen in der Provinz Kapisa gefoltert. Es würden auch Häuser von Zivilisten als Bunker und zum Kämpfen genutzt. Am 24.09.21 habe der Politiker Mohammad Mohaqiq in den sozialen Medien berichtet, dass 800 Hazara-Familien von den Taliban in der Provinz Daikundi aus ihren Häusern vertrieben wurden, um diese Paschtunen zu übergeben.

Frauenrechte / Bildung
Laut Meldung vom 26.09.21 könnten Studenten ihre Vorlesungen an Universitäten im Ausland nicht besuchen, da sie keine Pässe erneuern könnten und somit keine Visa von der Regierung bekämen. Am 23.09.21 wurde berichtet, die Taliban hätten in der Provinzhauptstadt Herat gravierend die Menschenrechte von Frauen verletzt. Nach bekannten hochrangigen Frauen sei gefahndet worden, Frauen dürften nicht arbeiten, ihre Häuser nicht ohne Begleitung von Männern verlassen und müssten verhüllt gekleidet seien. Am selben Tag wurde berichtet, die Universitäten seien nach wie vor landesweit geschlossen. Am 21.09.21 wurde gemeldet, Mädchen könnten weiterhin keine Sekundarschulen besuchen. Dies betrifft ca. sechs Mio. Mädchen in ganz Afghanistan. Die Taliban sagten dazu, sie würden es bald wieder erlauben. Viele Lehrer hätten zudem in den letzten zwei Monaten kein Gehalt bekommen.

Medien
Am 23.09.21 kritisierte die NGO Reporters without Borders die neuen Regeln der Taliban für Journalisten als nicht konkret genug, mit zu viel Spielraum in der Auslegung und damit als Einfallstor für Zensur. Es dürften keine Nachrichten veröffentlicht werden, die „im Widerspruch zum Islam ständen“, „nationale Persönlichkeiten beleidigen“, „die Privatsphäre verletzen“, „deren Nachrichteninhalte verfälscht seien“, „die keine journalistischen Grundsätze respektieren“ und „deren Berichterstattung nicht ausgewogen sei“.

Albanien

Morde durch häusliche Gewalt häufen sich
Häusliche Gewalt bleibt Medienberichten zufolge weit verbreitet in Albanien (vgl. BN v. 30.11.20). Bislang seien im laufenden Jahr bereits 17 Morde an Frauen durch ihre Partner oder Ex-Partner festgestellt worden, zuletzt zwei Fälle in der Woche vom 13.09.21 bis 19.09.21. In den Städten Tirana und Fier kam es am 15.09.21 zu öffentlichen Protestmärschen. Aktuellen staatlichen Statistiken zufolge werden mehr als die Hälfte aller albanischen Frauen mindestens einmal im Leben Opfer von häuslicher Gewalt, jedoch wurden laut Angaben der albanischen Polizei zwischen Januar und Dezember 2020 nur rd. 13 % aller gemeldeten Fälle strafrechtlich verfolgt.

Algerien

Tod von Ex-Präsident Bouteflika und Ex-Übergangspräsident Bensalah
Am 17.09.21 starb der langjährige, ehemalige Präsident Abdelaziz Bouteflika, nach langer Krankheit, im Alter von 84 Jahren. Er hat das Land 20 Jahre lang regiert und ist im Jahr 2019 zurückgetreten, nachdem die Bevölkerung heftig dagegen protestierte, dass er erneut als Kandidat an der Präsidentschaftswahl teilnimmt. Am 22.09.21 starb Abdelkader Bensalah, der nach Bouteflikas Rücktritt 2019, als Übergangspräsident die Amtsgeschäfte führte.

Angola

Südwest-Provinzen: Durch Dürre verursachte schwere Hungersnot
Laut Welternährungsprogramm (WFP) vom 24.09.21 sind angesichts der seit 40 Jahren schlimmsten Dürrekatastrophe im Land (vgl. BN. v. 26.07.21) allein in den südwestlichen Provinzen Cunene, Huíla und Namibe mehr als 1,3 Mio. Menschen einer schweren Hungersnot ausgesetzt. Die Dürre könnte laut WFP zu einer noch

größeren Hungersnot führen und von Oktober 2021 bis März 2022 fast 1,6 Mio. Menschen betreffen. Die durch eine Heuschreckenplage verursachten massiven Ernteausfälle sowie hohe Lebensmittelpreise würden die Ernährungs- und Hungerkrise noch weiter verschärfen. Die Dürreereignisse beträfen vor allem die südwestlichen Landesteile, die nördlichen Grenzgebiete zu Namibia seien weniger betroffen. WFP berichtet über Fluchtbewegungen ins Ausland und im Inland infolge der Dürrekatastrophe.

Aserbaidschan

Aserbaidschan verpflichtet sich vor dem EGMR zu Schadenersatzzahlung an Oppositionellen
In einem Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), das die rechtskräftige Verurteilung des Oppositionellen Tural Abbasli zu 15 Tagen Administrativhaft wegen Nichtbefolgung einer füheren Verurteilung zu 220 Stunden gemeinnütziger Arbeit zum Gegenstand hatte, verpflichtete sich Aserbaidschan gerichtlich im Rahmen einer einvernehmlichen Beilegung der Streitsache zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 4.500 EUR an den Kläger. Die aserbaidschanische Justiz verhängte die gemeinnützige Arbeit im Zusammenhang mit der Teilnahme Abbaslis als damaliger Leiter der Jugendorganisation der Oppositionspartei Müsavat an einer Demonstration am 12.01.13 in Baku, die Todesfälle in der aserbaidschanischen Armee außerhalb von Kampfhandlungen thematisierte. Streitgegenstand vor dem EGMR war die Wahrung des Rechts des Klägers auf ein faires Verfahren (Art. 6 EMRK), insbesondere das Recht auf eine begründete Entscheidung sowie das Recht, sich durch eine Rechtsvertretung seiner Wahl verteidigen zu lassen.

Bereits im September 2019 hatte der EGMR Abbasli eine Entschädigung in Höhe von 10.000 EUR für seine Inhaftierung nach seiner Teilnahme an einer Oppositionskundgebung am 02.04.11 zugesprochen. Im Februar 2017 stellte der EGMR eine Verletzung der Rechte von Abbasli im Zusammenhang mit Festnahmen vom 20.10.12 und 07.05.14 fest. Darüber hinaus wurde Abbasli im Dezember 2015 vom EGMR Schadenersatz in Höhe von 12.000 EUR für die Verletzung seines Wahlrechts bei den Parlamentswahlen 2010 zugesprochen.

Bangladesch

Zunahme von Kinderheiraten während der COVID-19-Pandemie
Nachdem verschiedene Initiativen die Anzahl der Kinderheiraten im Verwaltungsdistrikt Satkhira seit 2019 um die Hälfte reduzieren konnten, verzeichnete Anfang September 2021 allein eine Schule 50 illegale Heiraten seit Beginn der COVID-19-Pandemie und damit einen erneuten Anstieg. Bei den Opfern handelt es sich um Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren. 149 Kinderheiraten konnten nach Angaben lokaler Behörden im selben Zeitraum verhindert werden. Auch aus anderen Landesteilen meldeten Schulen ähnlich hohe Zahlen. Am 24.09.21 äußerte sich die Menschenrechtsorganisation Manusher Jonno Foundation (MJF) in einer Erklärung besorgt über die „landesweite Häufigkeit von Kinderheiraten“ und die nach der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts festgestellte gesunkene Schülerinnenzahl. Das Ziel, Kinderheiraten bis 2030 zu verbannen, sei angesichts der jüngsten Entwicklungen gefährdet. Im März 2021 waren in Bangladesch 51 % der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren als Minderjährige verheiratet worden, was einem Rückgang von 49 % seit 1970 entspricht. Diesen Fortschritt droht die COVID-19-Pandemie nun rückgängig zu machen.

Burundi

Mehrere Angriffe forderten Tote und Verletzte
Medien berichteten über mehrere Angriffe, die in unterschiedlichen Städten durchgeführt wurden. Am 19.09.21 wurden in der Hauptstadt Gitega durch die Explosion einer Granate in einer Bar zwei Menschen getötet und mehrere verletzt. Erst einen Tag zuvor war es zum Beschuss des Flughafens in Bujumbura durch Mörser gekommen, wobei jedoch keine Menschen zu Schaden kamen. Dieser Angriff ereignete sich einen Tag vor der Abreise des Präsidenten zur UN-Generalversammlung nach New York. Die Rebellengruppe RED-Tabara übernahm via Twitter-Nachricht die Verantwortung für den Angriff auf den Flughafen.

Weiteren Berichten zufolge, kam es am 20.09.21 zu erneuten Angriffen, wobei, ebenfalls durch den Einsatz von Granaten, in der Stadt Bujumbura mindestens zwei Menschen getötet und 102 verletzt wurden. Es handelte sich hier um zwei fast zeitgleich ausgeführte Aktionen. Zwei Explosionen ereigneten sich demnach am zentralen Busbahnhof im Zentrum der Stadt. Die Granaten seien in der Nähe wartender Menschen detoniert, die in die Busse einsteigen wollten. Dabei wurde ein Mensch getötet und mehrere verletzt. Eine weitere Explosion ereignete sich ebenfalls zentrumsnah im Stadtbezirk Bwiza, nahe des Jabe Marktes. Zeugenaussagen zufolge, sei die Granate direkt neben einer Gruppe von Fischverkäufern detoniert. Hierbei wurden zwei Menschen getötet und mehrere verletzt. Ein weiterer, vierter Angriff mit einer Granate ereignete sich am Stadtrand von Bujumbura. Die Granate detonierte in der Nähe eines voll besetzten Busses. Über Opfer dieses Angriffs ist jedoch nichts bekannt. Bisher hat sich niemand zu diesen Angriffen bekannt. Der Generalstaatsanwalt beschuldigte am 22.09.21 den Oppositionellen Alexis Sinduhije eine Gruppe von acht Personen anzuführen, die für die Anschläge verantwortlich sei. Sinduhije ist der Vorsitzende der oppositionellen Gruppe Mouvement pour la solidarité et le développement (MSD) und gilt in Kreisen der Regierung als der eigentliche Anführer der RED-Tabara, was Sinduhije stets bestreitet. Er lebt im Exil in Belgien. Im Rahmen dieser Ermittlungen erließ der Generalstaatsanwalt mehrere internationale Haftbefehle, da auch die acht gesuchten Personen im Exil leben. Die Haftbefehle wurden inhaltlich mit älteren Angriffen verknüpft und gingen einher mit der Erklärung, dass eine Weigerung zur Vollstreckung der Haftbefehle „den Frieden und die Sicherheit in der Region ernsthaft gefährden“ würde. Medien gegenüber stritt die Gruppe RED-Tabara jede Beteiligung an den Granatenangriffen ab, verurteilte diese als „barbarisch“ und sprach den Opfern ihre Solidarität aus. Auch die Gruppe MSD wies alle Vorwürfe zurück.

China

Nach Freilassung von Huawei-Managerin: Kanadier aus der Haft entlassen
Die seit Dezember 2018 in Kanada unter Hausarrest stehende Finanzchefin des Technologiekonzerns Huawei, Meng Wanzhou, kommt nach einer Einigung mit der US-Justiz frei. Wegen des Vorwurfs des Bankenbetrugs im Zusammenhang mit den Iran-Sanktionen war Meng auf Betreiben der USA in Vancouver festgesetzt worden. Im Gegenzug zu Mengs Freilassung entlassen die chinesischen Behörden die Kanadier Michael Spavor und Michael Kovrig aus der Haft. Der Geschäftsmann Spavor und der ehemalige Diplomat Kovrig waren kurz nach Mengs Festnahme inhaftiert und wegen Spionage angeklagt worden. Spavor wurde zudem im August 2021 zu elf Jahren Haft verurteilt (vgl. BN v. 16.08.21).

Hongkong: Hohe Beteiligung bei erster patriotischer Wahl
In einem neuen Verfahren haben am 19.09.21 4.380 von 4.900 wahlberechtigten „Patriotinnen und Patrioten“ den Wahlausschuss bestimmt, der im Dezember 2021 40 der 90 Abgeordneten für das nächste Stadtparlament wählt. 30 Abgeordnete werden von speziellen Interessengruppen und nur 20 direkt gewählt. 2022 entscheidet der Wahlausschuss außerdem unter Einbeziehung Pekings, wer als nächstes die Hongkonger Regierungsgeschäfte übernimmt. Für die überwiegende Mehrheit der 1.500 Sitze, über die am 19.09.21 abgestimmt wurde, hatte jeweils nur eine Person kandidiert. Zur Sicherung der Wahl waren 6.000 Polizeikräfte im Einsatz.

DR Kongo

Provinzen Nord-Kivu, Ituri: Inaussichtstellung eines unbefristeten Belagerungszustandes
Der kongolesische Staatspräsident Félix Tshisekedi erklärte anlässlich der diesjährigen Sitzung der UN-Generalversammlung, dass er den seit Anfang Mai 2021 in den beiden Ostprovinzen Nord-Kivu und Ituri ausgerufene Belagerungszustand auf unbestimmte Zeit Aufrecht erhalten wolle. Erst der Wegfall der Umstände, auf Grund derer die Ausrufung dieser Art von Ausnahmezustand erfolgt sei, würde die Außerkraftsetzung rechtfertigen. Die Verfassungsmäßigkeit der unbefristeten Aufrechterhaltung wurde in oppositionellen Kreisen bereits angezweifelt. Verlängerungen des in Art. 95 der Verfassung geregelten Ausnahmezustand unterliegen dem Zustimmungsvorbehalt der Repräsentativorgane und sind auf maximal 15-Tage befristet (Art. 144 Abs. 5). Mit Inkraftsetzung des Belagerungszustandes wurde den Streit- und Polizeikräften in Nord-Kivu und Ituri die vollständige Kontrolle, einschließlich im Bereich der Verwaltung, der Justiz und zeitweilig der zivilen

Strafverfolgung übertragen. Diese Sicherheitskräfte sind mit besonderen Eingriffsbefugnissen ausgestattet (vgl. BN v. 17.05.21 u. 06.09.21). Während Präsident Tshisekedi über eine Verbesserung der Sicherheits- und Stabilitätslage in den Ausnahmezustandsprovinzen berichtete, zeichneten verschiedene zivilgesellschaftliche und nichtstaatliche Berichte immer wieder ein kritisches Bild der Lage, was die Sicherheit, Stabilität und Menschenrechte anbelangt (vgl. BN v. 16.08.21, 30.08.21, 13.09.21 u. 20.09.21).

ADF: Technische Unterstützung durch den IS, neue Vertreibungswellen

Laut Artikel des UN-Informationsradios Okapi vom 22.09.21 bestehen womöglich erstmals Anhaltspunkte dafür, dass die radikalislamische und ursprünglich aus Uganda stammende Gruppe Forces démocratiques alliées (ADF) direkte Unterstützung durch den IS auf kongolesischem Boden erhält. Ein im Territorium Beni der Provinz Nord-Kivu festgenommener und eigenen Angaben zufolge jordanischer Staatsangehöriger, bei dem eine auf einen saudischen Staatsangehörigen ausgestellte kosovarische Aufenthaltsgenehmigung aufgefunden wurde, bildete offiziellen Regierungsangaben zufolge Kämpfer der ADF im Umgang mit Drohnen aus. Bereits im Mai 2021 habe eine aus der Gefangenschaft der ADF befreite Geisel gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärt, dass hellhäutige Personen im Territorium Beni zu sehen seien, die Drohnen bedienen würden. Im April 2019 erklärte der IS die ADF, die auch unter dem Namen ADF-National Army for the Liberation of Uganda (NALU) oder Madina at Tawhid Wai Muwahedeen (MTM) firmiert, zum kongolesischen Ableger und reklamierte erstmals einen Anschlag in der DR Kongo für sich. Der Presseberichterstattung der letzten Tage und Wochen war u.a. zu entnehmen, dass die jüngsten und z.T. wiederholt tödlichen Angriffe der ADF im Irumu-Gebiet der Provinz Ituri neuen Wellen der internen Vertreibung ausgelöst hätten. Es liegen keine belastbaren Angaben über die Zahl der intern Vertriebenen vor. Im Gefolge mehrerer Angriffe durch die ADF seien jedoch mehr als 15 Ortschaften entvölkert worden. Auch das in der Provinz strategisch und u.a. für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Handelszentrum Komanda, welches sich 75 km südlich der Provinzhauptstadt Bunia befindet, würde sich aus Angst vor einem weiteren ADF-Angriff zunehmend leeren. In der rd. 45.000 Einwohner zählenden Stadt, wo viele Binnenvertriebene Zuflucht suchen, hätten sich am 26.09.21 nur noch 30 % der Bevölkerung aufgehalten.

Süd-Kivu: Hexereianschuldigungen gegen Frauen

Unter Berufung auf die lokale NGO Association des femmes de médias berichtet der UN-Informationsradiosender Okapi am 26.09.21, dass im Berichtszeitraum Juni bis September 2021 mehr als 320 Frauen in der Provinz Süd-Kivu der Hexerei beschuldigt wurden. Die Hexereianschuldigungen, die von jungen Menschen ausgehen und insbesondere ältere Frauen betreffen würden, nähmen in der Provinz weiter zu. Die der Hexerei beschuldigten Frauen würden u.a. verschleppt, gelyncht und z.T. bei lebendigem Leib verbrannt.

Die DR Kongo verfügt über eine sehr religiöse Gesellschaft. Der Aberglaube der Hexerei ist landesweit und in allen Bevölkerungsschichten weit verbreitet. Laut dem von der UN am 28.02.17 veröffentlichtem und von dem Komitee für Kinderrechte erstellten Bericht sind auch Anstiege von Morden, Misshandlungen und Gewalt gegen Kinder, die der Hexerei beschuldigt werden, zu beobachten. Laut UNICEF werden Kinder in manchen Gemeinden wegen ihren Behinderungen oder Sprachauffälligkeiten der Hexerei beschuldigt. Die gegen Hexereianschuldigung erlassenen Gesetze werden nicht effektiv durchgesetzt.

Gambia

ai: Fortbestand und Anwendung der repressiven Gesetzgebung

Medienberichten zufolge erklärte Amnesty International (ai) in einem am 23.09.21 veröffentlichten Bericht, dass die aus der Ära des Altpräsidenten Jammeh stammende restriktive Gesetzgebung zum Teil weiterhin Geltung beanspruchen würde. Dies obwohl sich die Regierung Barrow dem Wandel und einem Reformprogramm verschrieben habe. Bislang dokumentierte Fälle würden aufzeigen, dass die Gesetze, die etwa die Rechte auf Meinungsäußerungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einschränken, auch zum Teil unter der Regierung Barrow zur Anwendung kommen. Unter Berufung auf die Gambia Press Union führt ai u.a. weiter aus, dass Medienschaffende auch nach dem Wechsel an der Staatsspitze Opfer gewaltsamer Übergriffe würden, für die sowohl die Polizeikräfte als auch die Anhängerschaft politischer Parteien verantwortlich seien. In keinem der Fälle sei es zu einer strafrechtlichen Verurteilung gekommen. Der gambische Informationsminister Ebrima Sillah warf ai vor, einseitig sowie sachlich inkorrekt zu berichten. Die Regierung habe u.a. ein entsprechendes

Strafrechtsänderungsgesetz sowie einen Verfassungsentwurf auf den Weg gebracht. Diese seien auch jeweils in das Parlament eingebracht worden. Die Regierung würde die Prinzipien der Gewaltenteilung respektieren. In den Fällen der Übergriffe auf Medienschaffende seien polizeiliche Ermittlungen eingeleitet worden. Die Regierung könne diese Ermittlungen nicht beeinflussen, ohne sich dem Vorwurf der Einmischung in die Strafverfolgung auszusetzen.

Ghana

Demonstration
Am 21.09.21 demonstrierten mehrere hundert Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung #FixTheCountry in Sekondi-Takoradi (Western Region). Die in sozialen Medien entstandene Bewegung wendet sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Land und fordert wirtschaftliche und soziale Reformen sowie eine Verfassungsreform für mehr Demokratie. Sie stellt sich selbst als überparteiliche und unpolitische Bewegung der ghanaischen Jugend dar. Angesichts steigender Staatsverschuldung und wirtschaftlicher Einbußen durch die COVID-19-Pandemie hat die Regierung Steuern erhöht. Mehr als die Hälfte der etwa 31 Mio. Menschen zählenden Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt. Ein Drittel der Jugend hat weder Arbeit noch eine Berufsausbildung.

Gerichtsverfahren wegen homosexueller Handlungen
Nach Meldungen vom 26.09.21 wurde der Leiter und Gründer einer christlichen Kirche im Abura Asebu Kwamankese District (Central Region) wegen homosexueller Handlungen mit Gemeindemitgliedern festgenommen. Er wurde wegen sexueller Nötigung nach dem Criminal Offences Act angeklagt. Er bleibt bis zur Fortsetzung des Gerichtsverfahrens am 19.10.21 im Gewahrsam der Polizei.

Guinea-Bissau

Ausstand im Gesundheitswesen führt zu Verlust von Menschenleben
Ein Streik des Gesundheitspersonals, der am 20.09.21 begann, kostete bis zum 22.09.21 nach Angaben der Gewerkschaft der Krankenpflegerinnen und -pfleger 30 Personen das Leben. Die Zahl kann nicht überprüft werden, jedoch gab es schon am zweiten Streiktag Berichte von über zehn Verstorbenen allein im wichtigen Hospital Simão Mendes in Bissau. Der Streik richtet sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichendes Gehalt und andere Probleme. Schon seit Jahresbeginn 2021 war das Personal immer wieder in den Ausstand getreten, hatte dabei aber stets die Minimalversorgung aufrechterhalten. Die Regierung reagierte mit Blick auf bisher fünf Todesfälle mit der Ankündigung, die Verantwortlichen vor die Justiz zu bringen. Außerdem setzte sie im Simão-Mendes-Hospital militärisches Gesundheitspersonal ein, woraufhin acht seiner Direktoren ihren Rücktritt einreichten. Auch der Einsatz eines Teams kubanischer Gesundheitskräfte soll beabsichtigt sein.
Einem ausführlichen UN-Bericht zum Gesundheitssystem aus 2017 zufolge mangelte es in den meisten Kliniken im Land an der Strom- und Wasserversorgung; die Müttersterblichkeit gehörte zu den höchsten weltweit. Eine dritte Welle der COVID-19-Pandemie (vgl. BN v. 09.08.21) schwächte sich zuletzt deutlich ab.

Indien

Assam: Gewalteskalation bei Zwangsräumung
Am 23.09.21 wurden in Sipajhar im von der hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) regierten Bundesstaat Assam bei einer Landräumungsaktion Hunderte Familien durch Sicherheitskräfte gewaltsam von ihrem Land vertrieben und ihre Hütten zerstört. Die betroffenen mehrheitlich bengalischen Muslime hätten das Land nach eigenen Angaben vor Jahren gekauft und sich an das örtlich zuständige Gericht gewandt, um gegen die Zwangsräumung vorzugehen. Die Aktion wurde gleichwohl unter Protest und Gegenwehr der Anwohner durchgeführt, ohne dass das Gericht sich zuvor mit der Angelegenheit befasst hat.
Später sorgte ein in den sozialen Medien aufgetauchtes Video landesweit für Aufsehen. Dieses zeigt eine Gruppe von mehr als einem Dutzend bewaffneter Polizisten, die einen Anwohner bei der Räumung erschießt, weil sich dieser kaum bekleidet mit einem Holzstock gegen die Sicherheitskräfte zur Wehr setzen wollte. Daraufhin wurde in Assam, in Neu-Delhi sowie in weiteren Metropolen des Landes zu Protesten aufgerufen.

Irak

Kampfhandlungen gegen den IS
Am 23.09.21 wurden in den Hamrin-Bergen in der Provinz Salah ad-Din Luftangriffe auf eine Basis des IS durchgeführt. Angeblich starben dabei vier IS-Mitglieder. Nach Angaben des irakischen Militärs wurde die Basis zerstört.

Verhaftung wegen Misshandlungsvideo
Am 24.09.21 ordnete Premierminister Kadhimi die Verhaftung eines Mannes an, der in einem Video bei der Misshandlung eines Kindes, vermutlich seines Sohnes, zu sehen ist. Das Video war in den Tagen zuvor in irakischen sozialen Medien veröffentlicht worden. In ihm ist zu sehen, wie ein etwa achtjähriger Junge, vermutlich von seinem Vater, mit Ketten an einer Wand fixiert und blutig geschlagen wird, während der Junge ihn anfleht aufzuhören. Das Video sorgt für eine Welle der Solidarisierung mit dem Jungen. Im Irak erlebt eine breite Mehrheit von Kindern Gewalt, entweder in Familien oder in der Schule, beides ist oft von gesellschaftlichen Normen gedeckt. Das Video löste eine öffentliche Debatte über Misshandlung von Kindern aus.

Iran

Todesfälle im Teheraner Zentralgefängnis:
Laut iranischen Auslandsmedien werfen zwei Todesfälle im Zentralgefängnis von Teheran Fragen auf. Die Organisation Iran Human Rights bestätigte am 22.09.21 den Tod eines männlichen Gefangenen, der sich zum Zeitpunkt seines Todes in Isolationshaft befand. Laut den Berichten handelte es sich bei dem Mann um einen Gefangenen, der während seiner Haft im Adelabad Gefängnis von Shiraz 2020 die Nachbarzelle des später wegen Mordes an einem Sicherheitsbeamten zum Tode verurteilten Ringers Navid Afkari belegt hatte. Hier soll er Zeuge des Foltergeschehens zwecks Einholung eines Schuldgeständnisses Afkaris geworden sein. In einer in den sozialen Medien veröffentlichten Sprachnachricht gab der Mann bekannt, in Vernehmungen auf die mutmaßliche Folter an dem Ringer hingewiesen zu haben. Er sei daraufhin von dem zuständigen Vernehmungsbeamten verbal bedroht worden. Kurze Zeit später erfolgte eine Verlegung ins Zentralgefängnis von Teheran, wo der Inhaftierte nun unter fragwürdigen Umständen verstarb.
Am 25.09.21 berichteten die Auslandsmedien unter Berufung auf das Menschenrechtsnetzwerk Kurdistan vom Tod eines 23-jährigen Mannes. Der Mann war Anfang September 2021 wegen eines Strafverfahrens gegen ihn verhaftet und ins Teheraner Zentralgefängnis verbracht worden. Am 21.09.21 berichtete er in einem Telefonat mit seinem Vater von schweren Schlägen durch das Gefängnispersonal und dass er daraufhin ins Krankenhaus verlegt werden sollte. Den Angehörigen wurde ein Besuch am Krankenbett verwehrt. Am 23.09.21 verständigten die Verantwortlichen der Gefängnisverwaltung die Familie vom Tod des Gefangenen.
Nach dem Bekanntwerden des zweiten Todesfalls innerhalb einer Woche kam es vor den Toren des Zentralgefängnisses zu spontanen Protestkundgebungen. Die Demonstrierenden forderten Rechenschaft von der Justizbehörde und der Gefängnisverwaltung. Das als Fashafuyeh bekannte Zentralgefängnis liegt 5 km südlich von Teheran an der Autobahn in die Pilgerstadt Qom.

Arbeiteraktivist nach Berufungsverfahren verurteilt
Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen vom 20.09.21 wurde ein 67-jähriger Arbeiteraktivist von einem Berufungsgericht in Teheran zu 74 Peitschenhieben, fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von zwei Mio. Tuman (ca. 71 EUR) verurteilt. Der Mann war am 07.03.21 zusammen mit anderen Aktivisten außerhalb des Arbeitsministeriums in Teheran bei landesweiten Protesten von Rentnern kurzzeitig verhaftet worden. Am 03.04.21 wurde er als Mitinitiator der Proteste in seinem Haus erneut festgenommen und vier Tage später in Einzelhaft gebracht (vgl. BN v. 14.06.21). Die Anklage lautete auf Versammlung und Verschwörung gegen die Sicherheit des Landes.

Haftbedingungen: 43 Häftlinge im Hungerstreik
Laut Berichten von Auslandsmedien befinden sich 43 Insassen des Zentralgefängnisses von Urumiyeh (Provinz West-Aserbaidschan) seit 22.09.21 in einem Hungerstreik. Sie protestieren gegen die Weigerung der

Gefängnisverwaltung, einige erkrankte Mitgefangene in externe Krankenhäuser zu verlegen. Zwölf Inhaftierte würden demnach an schweren Krankheiten leiden und fachärztliche Behandlung benötigen.

Jemen

Kämpfe in Marib und Shabwa
Seit dem 17.09.21 sind bei Kämpfen in den Gouvernments Marib und Shabwa mindestens 190 Soldaten ums Leben gekommen, davon rund 130 auf Seiten der Houthis. Die Houthis-Rebellen haben ihren Vormarsch auf die Stadt Marib in den vergangenen Tagen nochmals intensiviert und greifen nun auch verstärkt aus dem benachbarten Gouvernement Shabwa an, wo sie erst kürzlich einige Bezirke erobert hatten. Marib ist die letzte von der Regierung kontrollierte Großstadt im nördlichen Teil des Landes und reich an Öl und Gas.

COVAX-Initiative: Dritte Lieferung erreicht Jemen
Am 23.09.2021 sind 356.000 Dosen eines COVID-19-Impfstoffes nach Jemen geliefert worden und werden dort als Zweitimpfungen eingesetzt. Bislang sind weniger als 1 % aller Jemenitinnen und Jemeniten vollständig gegen COVID-19 geimpft, gleichzeitig befindet sich das Land in einer dritten Infektionswelle. In den von den Houthis kontrollierten Gebieten werden so gut wie keine COVID-Impfungen verabreicht.

600 Mio. USD Nothilfe für Jemen
Im Rahmen einer Geberkonferez am 23.09.21 wurden weitere 600 Mio. USD an Hilfsmitteln für Jemen zugesagt, nachdem im März bereits 1,7 Mrd. USD an Hilfszusagen zusammengekommen waren. Benötigt werden laut UN-Generalsekretär Guterres jedoch insgesamt 3,85 Mrd. USD, somit bleibt nach wie vor eine Finanzierungslücke von über 1 Mrd. USD bestehen. Das Welternährungsprogramm hatte im Rahmen der Geberkonfernz berichtet, dass Nahrungsmittelhilfen im Oktober 2021 gekürzt werden müssen, sollten keine neuen Gelder bereitgestellt werden. 16 Mio. Menschen im Jemen wären dann von Hunger bedroht.

Saudi-Arabien vereitelt Houthi-Angriffe
Saudi-Arabien hat zwischen dem 21.09.21 und dem 26.09.21 täglich einen Drohnen- bzw. Raketenangriff der Houthi-Rebellen auf saudisches Territorium abgewehrt. Die Angriffe waren gegen die saudischen Städte Khamis Mushait, Abha, Najran und Jazan gerichtet, Personen- oder Sachschäden wurden nicht gemeldet. Am 20.09.21 und 23.09.21 hat die Anti-Houthi-Koalition zudem jeweils zwei mit Sprengfallen versehene Boote der Houthis nördlich von Hodeida zerstört. Laut Saudi-Arabien wurden dadurch unmittelbar bevorstehende Angriffe der Houthi-Rebellen abgewehrt.

Kamerun

Soldaten bei mehreren Angriffen in anglophoner Region Nordwest getötet
Laut Information des kamerunischen Militärs sollen am 16.09.21 mindestens 15 Soldaten bei einem Angriff in der Nähe von Bamessing in der Region Nordwest getötet worden sein. Bewaffnete Separatisten sollen einen Armeekonvoi angegriffen haben. Militärfahrzeuge sollen in Brand gesetzt und Waffen entwendet worden sein.
Bei einem weiteren Angriff am Abend des 12.09.21 sollen sieben Soldaten getötet worden sein, als ihr Fahrzeug in der Nähe von Kumbo (Region Nordwest) von einem Sprengsatz getroffen worden war. Auch mehrere Zivilisten sollen bei den beiden Anschlägen getötet worden sein.

Kolumbien

Tötungen kolumbianischer Aktivisten und ehemaliger FARC-Angehörige
Laut dem kolumbianischen Friedensforschungsinstitut (Indepaz) wurden im Jahr 2021 bisher 124 Sozialführer und Menschenrechtsverteidiger getötet. Allein am 20.09.21 seien fünf Aktivisten aus den Departamentos Nariño, Antioquia, Chocó und Cauca ermordet worden. Kolumbien verzeichnet, mit mehr als 400 getöteten Menschenrechtsverteidigern zwischen 2016 und 2020, die höchste diesbezügliche Mordrate in Lateinamerika (vgl.

BN v. 30.08.21). Neben gesellschaftlichen Führern und Menschenrechtsverteidigern sind auch 37 ehemaligen Kämpfer der Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die sich im Wiedereingliederungsprozess befinden, in diesem Jahr getötet worden. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2016 wurden 283 Ex-Kombattanten der FARC ermordet.

Fünf Tote bei Angriff mutmaßlicher FARC-Dissidenten
Medienberichten zufolge kam es am 26.09.21 zu einem Angriff mutmaßlicher FARC-Dissidenten bei dem fünf Menschen getötet und sechs weitere Personen verletzt wurden. Demnach gaben die Angreifer aus einem Auto heraus wahllos Schüsse auf Menschen in der Ortschaft Tumaco im südlichen Departement Narino ab. Nach Armeeangaben kam es in der Region zuletzt immer häufiger zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bewaffneter Gruppen, die im dortigen Drogenhandel aktiv sind.

Kosovo / Serbien

Spannungen an der Grenze
Internationale Medien berichten aktuell über wachsende Spannungen zwischen beiden Ländern im Zusammenhang mit dem seit 20.09.21 in Kosovo geltenden Einreiseverbot für Fahrzeuge mit serbischen Kennzeichen. Autofahrer mit entsprechenden Nummernschildern sind seither dazu verpflichtet, bei der Einreise provisorische kosovarische Kennzeichen anzubringen. Im Norden des Kosovo lebende Serben blockieren aus Protest gegen das Verbot zwei Hauptstraßen in Grenznähe. In der Stadt Zubin Potok wurde laut Polizei eine Kfz-Zulassungsstelle in Brand gesetzt. In Zvečan wurden zwei Handgranaten auf das Meldeamt der Stadt geworfen, die jedoch nicht explodierten. Die kosovarische Regierung hat Spezialeinheiten der Polizei in die Region verlegt. Die Regierung in Belgrad empfindet diesen Schritt als Provokation und hat die serbische Armee in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Libanon

Modus für Neuwahlen
Am 24.09.21 berichtete Al-Joumhouriyya unter Berufung auf Quellen aus der Wahlkommission, dass die wesentlichen Eckpfeiler für die Bedingungen zur Wahl 2022 vorlägen. Demnach würde die Wahl auf den 27.03.22 vorgezogen, Libanesen und Libanesinnen ohne Wohnsitz im Libanon werden nicht wählen können, eine Wahl in Auslandsvertretungen ist nicht vorgesehen, ebenso wird es nicht, wie zuvor angedacht, sechs Sitze für Auslandslibanesen und -libanesinnen geben. Es soll weiterhin nach den 15 bekannten Wahlbezirken und religiösem Proporz gewählt werden.

Wirtschaftskrise
Weiterhin versuchen die verschiedenen politischen Fraktionen und Institutionen des Landes auf verschiedenen Ebenen Hilfe zu organisieren. Am 23.09.21 begann nach Angaben der Hisbollah das zweite Schiff aus dem Iran im syrischen Hafen Baniyas mit der Löschung seiner Ladung, die weiterhin über Tankwagen in den Libanon befördert wird. Am 25.09.21 wurde von Seiten der UN bekannt gegeben, dass ein Hilfsprogramm über die nächsten Monate einer Reihe an Krankenhäusern und Einrichtungen des Wasserversorgungssystems Treibstoff zur Verfügung stellen werde.

Libyen

Hunderte demonstrieren gegen Misstrauensvotum
Hunderte Demonstrierende versammelten sich am 24.09.21 in der libyschen Hauptstadt, um gegen die Entscheidung des Parlaments zu protestieren, der amtierenden Einheitsregierung (GNU) das Misstrauen auszusprechen. Am 21.09.21 hatten 89 der 113 Mitglieder des in Tobruk ansässigen Parlaments der GNU im Rahmen eines Misstrauensvotums das Vertrauen entzogen. Premierminister Abdul Hamid Dbaiba lehnte die Entscheidung des Parlaments ab und erklärte auf die geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im

Dezember 2021 bezugnehmend, dass er nicht zurücktreten werde, bevor die Macht an gewählte Abgeordnete übergeben worden sei.

General Haftar pausiert militärisches Amt bis zur Wahl im Dezember 2021
Am 22.09.21 verkündete General Khalifa Haftar er werde bis zur Präsidentschafts- und Parlamentswahl am 24.12.21 das Amt der Armeechefs der Libysch-Arabischen Streitkräfte (LAAF) nicht ausüben. Damit bringt sich Haftar als Präsidentschaftskandidat für die Dezemberwahlen in Stellung. Anfang September 2021 ratifizierte Parlamentssprecher Aguila Saleh ein umstrittenes Wahlgesetz, wonach Staatsangestellte, welche für die Wahl kandidieren wollen, ihr Amt für mindestens drei Monate vor dem eigentlichen Wahltermin ruhen lassen müssen.

Marokko

Koalitionsverhandlungen abgeschlossen
Der neue Premierminister Aziz Akhannouch hat den Abschluss der Koalitionsverhandlungen verkündet. In der neuen Regierung sind die Nationale Versammlung der Unabhängigen (RNI), die Partei für Authentizität und Modernität (PAM) und die Istiqlal-Partei (PI) vertreten. Diese drei Fraktionen haben bei der Wahl am 08.09.21 die meisten Stimmen erhalten.

Mexiko

Femizidrate 2021 weiterhin steigend
Am 22.09.21 informierte das Sekretariat für Sicherheit und Bürgerschutz (Secretaría de Seguridad y Protección Ciudadana), dass sich die aktuellen Femizidzahlen zwischen Januar und August 2021 auf 672 Fälle summierten. Die meisten dieser Tötungsdelikte ereigneten sich mit 106 Taten im August 2021. Die Rate wuchs um 8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, zwischen Januar und Mai 2021 wurde zunächst ein Anstieg von 7,1 % verzeichnet (vgl. BN v. 05.07.21).

LGBTQI-Rechte: Gleichgeschlechtliche Eheschließung
Nachdem am 22.09.21 bereits der zentralmexikanische Bundesstaat Queretaro die gleichgeschlechtliche Eheschließung legalisiert hatte, beschloss auch das Parlament des Bundesstaats Sonora am 23.09.21 eine entsprechende Gesetzesänderung. Damit ist eine gleichgeschlechtliche Ehe nun in 24 von 32 Bundesstaaten erlaubt (vgl. BN v. 30.08.21).

Myanmar

Gewalt gegen (vermeintliche) Verbündete des Militärs, weitere Zusammenstöße in Chin
In den Regionen Sagaing und Tanintharyi verübten Unbekannte zwischen dem 19. und 23.09.21 Anschläge auf mehrere Familien, unter deren Mitgliedern sich Verbündete des Militärs oder diesem wohlgesonnene Personen befunden haben sollen. Unter den mindestens zwölf Todesopfern befanden sich fünf Kinder. Als Vergeltungsmaßnahme sollen Sicherheitskräfte in der Gemeinde Taze (Sagaing) mehrere Häuser niedergebrannt haben. Die örtlichen Volksverteidigungskräfte (People's Defence Forces, PDF) wiesen jegliche Verantwortung für die Gewalt von sich.
Im Bundesstaat Chin kam es am 22. und 23.09.21 zu weiteren Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und den PDF der Gemeinden Matupi und Mindat. Als Reaktion auf die neuerliche Eskalation der Lage (vgl. BN v. 20.09.21) ließ das Militär in weiten Teilen des Bundesstaates das Internet abschalten.
Angesichts der anhaltenden und zuletzt wieder ansteigenden Gewalt warnte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, vor einem Bürgerkrieg, der das ganze Land erfassen könnte. Die Menschenrechtssituation habe sich infolge des Putsches „erheblich verschlechtert" und die Bevölkerung leide zusätzlich unter den Folgen des fortschreitenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der COVID-19-Pandemie. Seit dem Militärputsch am 01.02.21 haben Sicherheitskräfte über 1.100 Zivilpersonen getötet. Über 8.000

Menschen, darunter auch Kinder, wurden inhaftiert. 4.700 von ihnen befinden sich aktuell noch in Haft, mindestens 120 Gefangene starben.

Nicaragua

Neuer HRW-Bericht zu Menschenrechtsverstößen gegen die politische Opposition, Festnahme
Human Rights Watch (HRW) spricht in einem am 20.09.21 veröffentlichten, neuen Bericht (Acusaciones fabricadas contra críticos) von erfundenen Anschuldigungen gegen Kritikerinnen und Kritiker sowie willkürlichen Festnahmen Oppositioneller. Sie bemängelt zudem deren strafrechtliche Verfolgung ohne Beweise, erhebliche Unregelmäßigen in den Verfahren, fehlenden Anwaltszugang ebenso wie die unmenschlichen Haftbedingungen mit langer Isolation sowie unzureichender Nahrungsmittelversorgung.
Am 20.09.21 wurde der Präsident der NGO Instituto de Investigaciones y Gestión Social (INGES), Irving Larios Sánchez, wegen Verstoßes gegen Gesetz 1055 festgenommen. Er ist der 37. politische Gefangene seit Mai 2021.

Gestiegene Kosten für Grundbedarfsgüter, COVID-19-Pandemie verschärft sich
Die Lebenshaltungskosten sind in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 deutlich gestiegen, so haben sich nicht nur die Kosten für Grundnahrungsmittel, sondern auch für Kochgas und Benzin verteuert, ebenso verzeichnete das Nationale Institut für Entwicklungsinformation (INIDE) einen Anstieg der Energiekosten für Strom und Heizung.
Zudem hat sich die COVID-19-Pandemie seit Anfang September 2021 gravierend verschärft. Von 01.09. bis 22.09.21 verzeichnete die unabhängige Monitoringstelle Observatorio Ciudadano 1066 auf COVID-19 zurückzuführende Todesfälle, der zweithöchste Wert nach Juni 2020, sowie mit 5.123 die bisher höchste Zahl positiver Fälle seit Beginn der Pandemie. Auch durch das Gesundheitsministerium (Minsa) veröffentlichte Fallzahlen zeigen einen deutlichen Anstieg der Werte mit fast doppelt so hohen Zahlen wie während der bisher stärksten Ansteckungswelle 2020. Diese Zahlen bleiben jedoch stark hinter denjenigen des Observatorio Ciudadano zurück, gleichzeitig wurde seit 50 Wochen nur ein offizieller Todesfall vermeldet. Medienberichten zufolge fehle es dem medizinischen Personal an ausreichender Schutzausrüstung. Seit 20.09.21 ist eine Impfung für Personen ab 30 Jahren möglich. Der nur in geringem Umfang vorhandene Impfstoff geht immer wieder aus.

Nigeria

Dutzende Schulkinder wieder frei
Laut aktuellen Medienberichten haben Mitte September 2021 75 im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara gekidnappte Schulkinder unter Beteiligung von Polizei- und Militärangehörigen ihre Freiheit wiedererlangt. Die Kinder waren am 01.09.21 von bewaffneten Unbekannten aus einer weiterführenden Schule in der Ortschaft Kaya entführt worden (vgl. BN v. 06.09.21). Nach einer Zunahme von Massenentführungen im Umfeld von Bildungseinrichtungen ab Dezember 2020 kamen zuletzt zahlreiche Kinder wieder frei (vgl. BN v. 30.08.21). Nach der Entführung von Kaya hatte die Regierung des Bundesstaates Zamfara die vorübergehende Schließung aller Grund- und Sekundärschulen angeordnet. Nach Angaben des Gouverneurs von Zamfara, Bello Matawalle, sind in dem Bundesstaat derzeit keine Schulkinder mehr in den Händen von Entführern.
Am 26.09.21 sind nach Medienberichten zehn weitere Schulkinder der Bethel-Baptist-High-School im Bundesstaat Kaduna befreit worden (vgl. BN v. 30.08.21). Nach Angaben des Vorsitzenden der Christian Association of Nigeria (CAN) befinden sich nun noch elf der am 05.07.21 entführten Schulkinder (vgl. BN v. 12.07.21) in Gefangenschaft.

UNICEF befürchtet Nachteile für 1 Mio. Schulkinder
Im Jahr 2021 werden aufgrund der unsicheren Lage im Norden des Landes voraussichtlich 1 Mio. Schulanfänger ihren Schulbesuch später als geplant aufnehmen. Das geht aus einer am 16.09.21 veröffentlichten Mitteilung des UN-Kinderhilfswerks hervor. Die Dauer der Verzögerung sei noch nicht zu beziffern. Seit Anfang 2021 hat es laut UNICEF 20 Angriffe auf Schulen gegeben und 1.436 Schulkinder sind entführt worden, um Lösegeld zu erpressen. 16 seien im Zusammenhang mit Angriffen auf Bildungseinrichtungen getötet worden und 200 gelten weiterhin als vermisst. UNICEF geht davon aus, dass es in ganz Nigeria derzeit 37 Mio. Schulkinder gibt.

Häufung von Angriffen auf Sicherheitskräfte

Im Zeitraum 05.09. bis 18.09.21 sind in Nigeria mindestens 26 Soldaten, Polizisten und andere Sicherheitskräfte von bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren getötet worden. Dazu kommen mindestens elf zivile Opfer, darunter auch traditionelle Herrscher und Geistliche. Das ist das Ergebnis einer Auswertung von Beiträgen nigerianischer Medien zu diesem knapp zwei Wochen umfassenden Zeitraum. Laut Berichten bedeutet dies einen deutlichen Anstieg im Vergleich zur Vorwoche, in der sechs Tötungen durch nichtstaatliche Akteure zu verzeichnen waren. Als wesentliche Ursachen gelten Beobachtern zufolge terroristische Bestrebungen, Banditentum, Attacken von Separatisten und Zusammenstöße vor dem Hintergrund ungelöster kommunaler und interethnischer Konflikte. Landesweit für Schlagzeilen sorgte ein Vorfall in Onitsha im südöstlichen Bundesstaat Anambra, bei dem am 19.09.21 drei Polizisten während der Durchführung von Sicherheitskontrollen auf der Straße erschossen wurden. Der ausweislich Medienberichten von Anwohnern geäußerte Verdacht, dass die Täter Mitglieder der sezessionistischen Gruppierung Indigenous People of Biafra (IPOB) sein könnten, ist bisher weder bestätigt noch ausgeräumt worden.

Am 24.09.21 soll es zwischen den Ortschaften Marte und Dikwa im nordwestlichen Bundesstaat Borno zu einem Angriff auf einen Militärkonvoi gekommen sein. Verschiedenen Medienberichten zufolge kamen bei dem der dschihadistischen Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) zugeschriebenen Angriff sieben bis ca. 30 nigerianische Soldaten ums Leben. Ebenfalls am 24.09.21 sollen im nordwestlichen Bundesstaat Sokoto bei einem Angriff auf dem Gebiet der Lokalregierung Sabon Birni insgesamt 17 Sicherheitskräfte durch bewaffnete Angreifer getötet worden sein. Mehreren Quellen zufolge soll der sogenannte Banditenführer Bello Turji für den Überfall verantwortlich sein.

Pakistan

Anschlag und Polizeieinsatz in Belutschistan

Am 25.09.21 wurden mindestens vier Soldaten des paramilitärischen Frontier Corps nach der Explosion einer Sprengfalle nordöstlich der belutschischen Provinzhauptstadt Quetta an der afghanischen Grenze getötet. Niemand bekannte sich zur Tat. In der Provinz sind militante Separatisten aktiv, die regelmäßig Anschläge auf Sicherheitskräfte verüben.

Am 25.09.21 wurden nach Polizeiangaben drei Mitglieder der verbotenen Baloch Liberation Army (BLA) wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung am Selbstmordattentat auf einen Konvoi mit chinesischen Ingenieuren im August 2021 (vgl. BN v. 06.09.21) festgenommen.

Protestcamp von Landminenopfern in Süd-Waziristan

Seit mehr als zwei Wochen halten Landminenopfer einen friedlichen Protest im ehemaligen Stammesgebiet Süd-Waziristan in der nordwestlichen Provinz Khyber Pakhtunkhwa ab. Sie fordern die Behörden dazu auf, das Gebiet vollständig von Landminen zu räumen und den Verletzten finanzielle Unterstützung und Arbeitsplätze sowie den Familien der Getöteten Entschädigung zu gewähren. Nach pakistanischen Behördenangaben wurde bereits damit begonnen, Landminen in den Stammesgebieten zu entfernen.

Am 21.09.21 sei nach Angaben der Bürgerrechtsorganisation Pashtun Tahafuz Movement (PTM) ein Aktivist bei einer Polizeirazzia im Protestcamp verletzt worden. Demonstrierende blockierten daraufhin eine Straße. Ein örtlicher Polizeisprecher stellte die Aufklärung des Vorfalls in Aussicht.

Tausende Bewohner Süd-Waziristans sind mittlerweile wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie mussten diese 2009 wegen Anti-Terror-Operationen des pakistanischen Militärs verlassen.

Anschlag auf Polio-Impfteam

Am 19.09.21 wurde in einem Distrikt südlich von Peshawar in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa wieder ein Polizist erschossen, der ein Polio-Impfteam begleitete (vgl. BN v. 14.06.21). Das Impfteam blieb unverletzt. Zur Tat bekannte sich niemand. Fundamentalisten halten die Impfkampagnen für eine Verschwörung des Westens.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Präsident Abbas droht mit Rücknahme der Anerkennung Israels
Bei einer Rede vor der UN-Generalsversammlung kündigte Präsident Mahmoud Abbas an, die Anerkennung Israels zu überdenken, sollte die israelische Regierung nicht ihre Besatzung von Gebieten, in denen Palästinenserinnen und Palästinenser ihren zukünftigen Staat gründen wollen, innerhalb eines Jahres beenden. Die beidseitige Anerkennung Israels und der Palästinensischen Vertretung war Teil des Abkommens von Oslo, welches 1993 einen Friedensprozess mit dem Ziel der Zweistaatenlösung einleiten sollte.

Westjordanland: Fünf Tote bei Verhaftungswelle
Am 16.09.21 tötete das israelische Militär bei Eskalation einer Serie von Razzien fünf Palästinenser. Ziel sei die Verhaftung von Hamas-Angehörigen gewesen, die Angaben des israelischen Militärs zufolge seit Wochen überwacht worden waren. Die Verhaftungen hätten eine Reaktion auf direkte Bedrohungen dargestellt. Bei den fünf zeitgleich stattfindenden Razzien seien Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums zufolge zwei Personen in Jenin, im Norden des Westjordanlandes, sowie drei Personen in der Ortschaft Biddu, nördlich von Jerusalem, gestorben. Zahlreiche weitere Personen wurden verhaftet. Hamas bestätigte, dass vier der Getöteten Mitglieder in der Gruppierung waren.

Israel: Hohe Kriminalitäts- und Todesrate in arabischen Gemeinden
Laut Abraham Initiatives, einer jüdisch-arabischen Organisation, die sich für die Gleichberechtigung von jüdischen und arabischen Bürgerinnen und Bürgern Israels einsetzt, wurden bis zum 21.09.21 88 Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischer Staatsangehörigkeit getötet. Mehrheitlich arabische Gemeinden in Israel sehen sich steigenden Kriminalitätsraten gegenüber. Sie sehen die Ursachen dafür u.a. in der Vernachlässigung ihrer Gemeinden durch die israelischen Behörden (vgl. BN v. 19.04.21 u. 16.08.21).
Die Regierung unter Ministerpräsident Bennett startete im August 2021 eine Kampagne, im Rahmen derer ein landesweiter Plan zum Vorgehen gegen Kriminalität in arabischen Gemeinden entwickelt, sowie eine neue Polizeiabteilung hierfür ins Leben gerufen wurde. Dennoch starben seit Beginn der Kampagne 17 weitere Palästinenserinnen und Palästinenser.

Russische Föderation

Nach Parlamentswahl: Zweidrittelmehrheit für Kreml-Partei und Proteste wegen Wahlmanipulationen
Nach dem offiziellen amtlichen Endergebnis hat die Regierungspartei Einiges Russland bei der Wahl zur Staatsduma vom 17.09. bis 19.09.21 (vgl. BN v. 20.09.21) 324 der zu vergebenden 450 Mandate erzielt und verfügt damit trotz des Verlustes von 19 Sitzen auch künftig über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Ebenfalls im neuen Parlament vertreten sein werden die Kommunistische Partei KPRF (57 Sitze), die Partei Gerechtes Russland (27), die rechtspopulistische Liberal-Demokratische Partei (21) und die neu gegründete Partei Neue Leute (13), die alle als grundsätzlich kremlnah gelten. Während Präsident Putin und die Zentrale Wahlkommission von einer „freien und fairen“ Abstimmung sprachen, bezeichnete die unabhängige Wahlrechtsorganisation Golos die Wahl mit Blick auf Berichte über massive Unregelmäßigkeiten (vgl. BN v. 20.09.21) als „eine der schmutzigsten“ in der Geschichte des Landes.
Einem Aufruf der KPRF folgend versammelten sich Medienberichten zufolge am 20.09.21 rd. 300 Demonstrierende im Moskauer Stadtzentrum und warfen der Zentralen Wahlkommission vor, das dortige Wahlergebnis mittels des neu eingeführte Online-Wahlverfahrens gefälscht zu haben. In den Folgetagen wurden in diesem Zusammenhang laut der russischen Menschenrechtsorganisation OWD-Info 90 Personen festgenommen. Die Polizei bestätigte Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Versammlungsrecht (Art. 20.2 des Gesetzbuches über Ordnungswidrigkeiten). Am 25.09.21 kam es Presseberichten zufolge in Moskau zu einer weiteren Demonstration mit rd. 1.000 Teilnehmenden, in deren Vorfeld 60 Aktivistinnen und Aktivisten der KPRF kurzzeitig von der Polizei festgehalten worden seien sollen.

Somalia

Klage vor IStGH gegen Regierungsbehörden
Eine Gruppe internationaler Anwälte hat beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Klage gegen die Regierungsbehörden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Mehrere Fälle wurden vor das Gericht gebracht, darunter das umstrittene Verschwinden der Mitarbeiterin der National Intelligence and Security Agency (NISA), Ikran Tahlil Farah, (vgl. BN v. 06.09.21, 13.09.21 u. 20.09.21). Weitere Fälle betreffen den Tod von Demonstrierenden im Dezember 2018 in Baidoa sowie der Verbleib junger Soldaten, die heimlich nach Eritrea gebracht und UN-Angaben zufolge im Krieg in der äthiopischen Region Tigray eingesetzt wurden (vgl. BN v. 14.06.21).

Anschlag in der Nähe des Präsidentenpalasts
Am 24.08.21 sind bei der Explosion einer Autobombe an einem Kontrollpunkt in der Nähe des Präsidentenpalastes offiziellen Angaben zufolge acht Menschen ums Leben gekommen und sieben weitere verletzt worden. Unter den Toten befindet sich auch Hibaq Abukar, die Beraterin des Premierministers in Frauen- und Menschenrechtsfragen. Al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

Sri Lanka

Tamilischer Abgeordneter wegen Gedenkens an LTTE-Mitglied festgenommen
Am 23.09.21 nahm die Polizei den tamilischen Parlamentsabgeordneten Selvarajah Kajendran sowie zwei weitere Personen während einer Gedenkfeier für das am 26.09.87 infolge eines Hungerstreiks verstorbene Mitglied der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) Thileepan in Jaffna fest. Die Festnahmen wurden von der Polizei mit Verstößen gegen das COVID-19-bedingte Versammlungsverbot begründet. Trotz wiederholter Forderungen des UN-Menschenrechtsrats, Tamilinnen und Tamilen das Betrauern ihrer Kriegstoten zu erlauben, verbietet die sri-lankische Regierung das Gedenken an LTTE-Mitglieder nach wie vor. Sowohl Selvarajah Kajendran als auch die beiden anderen Festgenommenen kamen am selben Tag gegen Kaution frei.

Sudan

Putschversuch gescheitert
Medien berichteten, dass es am 21.09.21 zu einem Putschversuch durch Angehörige des Militärs gekommen ist. Demnach seien, unter Berufung auf anonyme Quellen aus dem Militär und der Übergangsregierung, etwa 21 Offiziere und mehrere Soldaten festgenommen worden, nachdem sie versucht hätten, Gebäude des staatlichen Fernsehsenders und das Hauptquartier der Armee zu übernehmen. Es sei auch zu Festnahmen von zivilen Personen gekommen, die am Putsch beteiligt gewesen seien. Nach weiteren Beteiligten werden gefahndet. Die Festgenommenen seien Anhänger des ehemaligen Präsidenten Al-Bashir. Der Vorsitzende des Souveränitätsrates, Abdel Fattah Al-Burhan, bekräftigte am 22.09.21 in einer Rede vor Vertretern des Militärs den Willen der Armee zu einem zivilen und demokratischen Staat. Das Militär habe keine Absicht, die Macht zu übernehmen.

Südsudan

UN warnen vor den Auswirkungen der Flut, sowie vor umfassender Gewalt und Korruption
Die UN berichteten am 21.09.21 über weiterhin sehr starke Regenfälle und damit einhergehende Überflutungen. Bisher sind demnach ca. 426.000 Menschen, inklusive 185.000 Kinder, davon betroffen und mussten ihre Heimat verlassen. Hilfskräfte können teilweise nur per Boot zu den Menschen vordringen. In manchen Regionen, wie Warrap State, wird die Lage durch anhaltende ethnische Konflikte weiter verschärft. Ein Jahr nach den Rekordfluten, die über 700.000 Menschen betrafen, sind immer noch ca. 100.000 heimatlos und konnten bisher nicht in ihre Häuser bzw. Heimatregion zurückkehren. Neben den Häusern, Schulen und anderen Gebäuden der Menschen, werden auch Felder und Nutztiere zerstört bzw. getötet. Vor dieser Situation warnt das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vor einem Versorgungsengpass, da bisher nur 54 % des benötigten Budgets für den Südsudan verfügbar sind. Auch das Welternährungsprogramm

(WFP) kämpft mit rückläufigen Zuwendungen und musste bereits Unterstützungsleistungen reduzieren (vgl. BN v. 20.09.21).
Ein weiterer Bericht an den UN Human Rights Council vom 23.09.21 betitelt die umfassende Gewalt und Korruption im Land als „Plage“ und Gefahr für die Bemühungen, dauerhaften Frieden und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Demnach seien der UNMISS-Mission zufolge in den letzten drei Monaten 585 Menschen getötet, 305 verwundet und tausende vertrieben worden. Der Bericht hebt außerdem einen Anstieg an extralegalen Tötungen, erzwungenen Vertreibungen, Folter, Vergewaltigung und mit dem vorherrschenden Konflikt verknüpfte sexuelle Gewalt hervor. Ein Anstieg der Gewalt gegenüber humanitären Hilfskräften behindere außerdem deren Aktivitäten und fördere einen Abzug der Hilfskräfte. Inzwischen seien vermutlich 80 % der Bevölkerung von extremer Armut bedroht, wobei 7,2 Mio. Menschen direkt von Lebensmittelunsicherheit betroffen sind. Weiterhin wird der Regierung des Südsudan vorgeworfen, in den vergangenen zwei Jahren mehr als 73 Mio. USD (ca. 62 Mio. EUR) veruntreut zu haben.

Syrien

Idlib: US-Drohnenangriff tötet mutmaßlichen Jihadisten
Angehörige des Syrischen Zivilschutzes, auch bekannt als Weißhelme, bargen am 20.09.21 auf der Straße zwischen der Gouvernementhauptstadt Idlib und dem weiter östlich gelegenen Ort Binnish den Leichnam eines nichtidentifizierten Mannes aus einem Autowrack. Obwohl der Sprecher der Anti-IS-Koalition, Wayne Marotto, zunächst sagte, dass es sich um keine Operation der Koalition handelte, äußerte sich später das U.S. Central Command zu dem Vorfall und bestätigte, dass man in der Nähe von Idlib eine gezielte Tötung gegen ein ranghohes Mitglied von al-Qaida durchfürte. Hinweise über weitere Tote lägen keine vor. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, dass es sich bei dem Toten um den Angehörigen einer radikalen Gruppe in der Region mit Verbindungen zu al-Qaida handelte.

Tote bei russischen Luftangriffen
Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seien am 25.09.21 bei Luftangriffen Russlands nordsyrischen Region Afrin mindestens elf syrische Kämpfer getötet, die der protürkischen Division Hamsa angehört hätten, dabei seien zudem 13 Menschen verletzt worden. Der Angriff sei auf das Hauptquartier der Rebellengruppe rd. 30 km nordwestlich von Aleppo gerichtet gewesen.

Türkei

Entscheidung des Verfassungsgerichtshof zu Folter
Am 21.09.21 urteilte der Verfassungsgerichtshof, dass die Rechte eines Lehrers, der nach dem Putschversuch 2016 inhaftiert und von der Polizei gefoltert worden war, verletzt wurden. Der Verfassungsgerichtshof erklärte in seinem Urteil, dass das Misshandlungsverbot auch nicht im Falle einer Situation, die die Existenz der Nation bedrohe, aufgehoben werden könne. Misshandlungen seien selbst unter schwierigsten Bedingungen, wie dem Kampf gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen, verboten.

Urteil des Verfassungsgerichtshofs: Namensänderung einer Transfrau
Am 22.09.21 gab der Verfassungsgerichtshof dem Antrag einer Transfrau statt, deren Antrag auf Namensänderung in der ersten Instanz von einem Gericht mit der Begründung abgelehnt worden war, dass sie sich keiner geschlechtsangleichenden Operation unterzogen hätte und die Gesellschaft „falsche Vorstellungen“ haben könnte, wenn sie einen femininen Vornamen tragen würde. Der Verfassungsgerichtshof urteilte, dass es zu den Verpflichtungen des Staates gehöre, Menschen die Möglichkeit zu geben, ihren Namen zu ändern, solange dies nicht die öffentliche Ordnung störe. Zudem urteilte der Verfassungsgerichtshof, dass der Antrag auf Namensänderung nicht mit den in Art. 40 des türkischen Zivilgesetzbuchs genannten Bedingungen für Transsexualität zusammenhänge.

Verhaftung mutmaßlicher DHKP-C-Mitglieder
Am 22.09.21 nahmen türkische Sicherheitskräfte bei simultanen Razzien in Istanbul acht Personen fest, denen vorgeworfen wird, Verbindungen zur linksextremen Gruppe Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi, DHKP-C) zu unterhalten. Die Staatsanwaltschaft in Istanbul stellte Haftbefehle gegen insgesamt 16 Personen aus, die Propaganda für die Organisation betrieben haben sollen.

Verhaftungen mutmaßlicher Gülen-Mitglieder
Am 24.09.21 haben türkische Sicherheitskräfte bei landesweiten Operationen gegen die Gülen-Bewegung 35 Personen festgenommen, nachdem von der Generalstaatsanwaltschaft in Ankara gegen 51 Personen Haftbefehle ausgestellt wurden. Nach den übrigen Verdächtigen wird gefahndet. Ihnenwird vorgeworfen, Teil eines geheimen Netzwerks der Gülen-Bewegung innerhalb der türkischen Streitkräfte zu sein. Die Beschuldigten wurden durch die Nutzung von Münztelefonen an öffentlichen Orten identifiziert. Bei den Verdächtigten handelt es sich sowohl um ehemalige und aktive Soldaten als auch um Zivilisten.

Tunesien

Tausende protestieren gegen neuste Beschlüsse des Staatspräsidenten
Am 26.09.21 protestierten mehrere tausend Menschen im Zentrum der Hauptstadt gegen die jüngsten Beschlüsse des Staatspräsidenten Kais Saied und forderten dessen Rücktritt. Saied hatte am 22.09.21 verkündet, er werde fortan per Dekret regieren. Damit weitet der Staatspräsident seine Machtbefugnisse weiter aus, nachdem er im Ende Juli 2021 den Premierminister abgesetzt und das Parlament suspendiert hatte.
Ebenfalls im Zentrum von Tunis demonstrierten einige hundert Anhängerinnen und Anhänger des Staatspräsidenten.

COVID-19-Pandemie: Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperre
Nachdem die COVID-19-Infektionszahlen in den vergangenen Wochen zurückgegangen sind, verkündetet Staatspräsident Kais Saied ein Ende der nächtlichen Ausgangssperre ab dem 25.09.21 für ganz Tunesien. Seit Beginn der COVID-19-Impfkampagne Mitte März 2021 haben mehr als 3,3 Mio. Tunesierinnen und Tunesier den vollständigen Impfschutz erhalten.

Ukraine

Zahl der zivilen Opfer im Ukraine-Konflikt angestiegen
Laut des aktuellen Menschenrechtsberichts des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) vom 23.09.21 ist die Zahl ziviler Opfer zwischen dem 01.02.21 und dem 31.07.21 im Konfliktgebiet in der Ostukraine um 51 % im Vergleich zu den vorherigen sechs Monaten angestiegen. OHCHR dokumentierte im aktuellen Untersuchungszeitraum insgesamt 15 getötete sowie 47 verletzte Zivilistinnen und Zivilisten und äußerte sich besorgt über weiter anhaltende willkürliche Verhaftungen und Misshandlungsvorfälle in Haftanstalten der Konfliktparteien. Auch die Anzahl der Waffenstillstandsverletzungen im Konfliktgebiet sei im Vergleich zum vorherigen Untersuchungszeitraum deutlich angestiegen (vgl. BN v. 15.03.21). Insbesondere im Frühjahr 2021 war es zeitweise zu einer deutlichen Verschlechterung der Sicherheitslage mit gehäuften Waffenstillstandsverletzungen gekommen (vgl. BN v. 12.04.21). Vulnerable Personen, insbesondere Obdachlose, Menschen mit Behinderungen und Frauen aus gesellschaftlichen Minderheitsgruppen seien nach OHCHR-Angaben weiterhin im ganzen Land von sozialer Marginalisierung und Diskriminierung betroffen.

Venezuela

Politische Gefangene: Reform der Untersuchungshaftdauer
Am 22.09.21 forderte die NGO Foro Penal die Justiz auf, die am 16.09.21 verabschiedete Reform des Art. 230 der Strafprozessordnung (COPP) umzusetzen. Diese beinhaltet die Verpflichtung, Gefangene freizulassen, die sich seit mehr als drei Jahren in Untersuchungshaft befinden, um ihr Gerichtsverfahren in Freiheit zu absolvieren. Dies treffe

auf insgesamt 67 politische Gefangene zu, deren umgehende Freilassung die NGO verlangte. Mitunter säßen diese Personen bereits seit bis zu sieben Jahren ohne Verhandlung oder Verurteilung im Gefängnis. Einige Stunden nach der öffentlichen Forderung der NGO wurde mit Daniel Parra, der 2017 im Zuge regierungskritischer Proteste festgenommen worden war, der erste Gefangene im Zuge dieser Reform freigelassen.

Zentralafrikanische Republik

Erhöhte Gewalt im Nordwesten

Zuletzt verstärkten sich im Nordwesten des Landes Auseinandersetzungen zwischen der bewaffneten Gruppierung Retour, Réclamation et Réhabilitation (3R) auf der einen und Regierungstruppen sowie russischen Söldnergruppen auf der anderen Seite. Dabei befindet die Zivilbevölkerung zwischen den Fronten, sowohl 3R als auch die Söldner würden laut Medienberichten Zivilpersonen töten, vergewaltigen und anderen Repressalien aussetzen sowie Plünderungen vornehmen. Die Oppositionspartei Mouvement pour la libération du peuple centrafricain (MLPC) beklage u.a. einen Übergriff von 3R auf das Dorf Mann mit sieben Toten. Außerdem werfe MLPC der UN-Blauhelmmission MINUSCA Untätigkeit vor. Weitere Meldungen zu einzelnen Zwischenfällen mit zivilen Opfern aus dem Nordwesten und Westen, über welche die wesentliche Versorgung des Landes von Kamerun aus erfolgt, liegen vor, lassen sich aber schwierig verifizieren. Berichtet wurde weiter, 3R habe in einem Communiqué vom 11.09.21 den russischen Paramilitärs Massaker gerichtet gegen die Volksgruppen Peulh und Gbaya mit mehr als 100 Toten vorgeworfen. Dies sei von der Regierung als „Fake News“ verworfen worden. In einem Interview vom 20.09.2021 verneinte Staatspräsident Touadéra von den Aktivitäten des russischen Sicherheitsunternehmens Wagner (vgl. BN v. 12.04.21) im Land zu wissen; er habe mit einer Firma Wagner nichts unterschrieben.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de